

CARITAS / DIAKONIE: ERKLÄRUNG ZUR MAZEDONIENKRISE

CARITAS INTERNATIONAL / DEUTSCHER CARITAS-VERBAND DIAKONIE KATASTROPHENHILFE / DIAKONISCHES WERK DER EKD

Stuttgart/Freiburg, 2. Juli 2001. Mit Besorgnis sehen wir Leiden und Flucht Zehntausender Menschen in Mazedonien. Angesichts unseres humanitären Engagements vor Ort können wir nicht mehr die Augen davor verschließen, dass hier menschliche Not durch bewaffnete Auseinandersetzungen geschaffen und missbraucht wird, um extreme politische Ziele durchzusetzen. Seit dem 20. Juni sind wir mit der Grundsatzentscheidung der NATO-Staaten, darunter der Bundesregierung, konfrontiert, die ein internationales Truppenkontingent von 3.000-5.000 Mann nach Mazedonien senden wollen, um den Krieg zu beenden. Damit wird Mazedonien zum dritten Land auf dem Balkan, in dem die NATO (und EU) als Schlichter des Konflikts wirken bzw. durch ihre militärische Intervention Stabilität und Frieden wiederherstellen will. Angesichts der Spirale nicht enden wollender Konflikte und Kriege auf dem Balkan müssen wir uns die Frage stellen, ob dieser Weg weiter richtig und vertretbar ist.

Unsere Erklärung erfolgt aus der Sorge um die weitere Entwicklung im Balkan. Es sind dies Sorgen, die aus unserem humanitären Engagement entstanden sind und den sozialen, politischen und militärischen Raum betreffen, in dem wir und unsere Partner vor Ort arbeiten.

I. HUMANITÄRE KATASTROPHE ALS MITTEL ZUM ZWECK

Zehntausend Menschen sind in den vergangenen Monaten in Mazedonien zu Flüchtlingen geworden. Sie sind intern vertrieben oder in den Kosovo geflüchtet. Beide Seiten sind mittlerweile so voller Hass und Misstrauen, dass eine Eskalation nur schwer vermieden werden kann. Eine humanitäre Katastrophe mit Hunderttausenden von Flüchtlingen und verbrannter Erde steht bevor. Es dreht sich die gleiche Spirale, die zum Kosovo-Krieg führte: Die humanitäre Situation eskaliert, und sie muss schließlich als Legitimation für das militärische Eingreifen herhalten.

Mit Flüchtlingen lässt sich Politik machen. Besser noch sind Berichte von humanitären Organisationen über das Elend von Flüchtlingen oder Flüchtlingsbilder im Fernsehen und Berichten in den Zeitungen. Bilder frierender Mütter und Kinder oder alter Menschen können als politische Waffe missbraucht werden, um die eigenen Ziele durchzusetzen. Der Macht von Bildern und Berichten über Flüchtlingselend kann man sich schwer entziehen. Der gesellschaftliche Druck auf Politik und Militärs zu handeln wächst.

Damit stehen die Hilfsorganisationen, aber auch die Medien, vor einem großen Dilemma. Hilfsorganisationen sind ein wichtiger Bestandteil der Berichterstattung über Katastrophen. Alle in Mazedonien tätigen Hilfswerke stehen in der Verantwortung, die Wirkung ihrer Arbeit vor Ort und die Wirkung ihrer Informationen an die Medien zu überdenken. Jede Hilfsaktion, über die berichtet wird bzw. über die das Hilfswerk selber berichtet, spielt u.U. den Interessen der Extremisten in die Hände, die auf ein Eingreifen „aus humanitären Gründen“ von außen hoffen. Diese Logik haben wir schon im Kosovo-Krieg erlebt. Tue Gutes und rede nicht darüber, könnte für uns in dieser Region eine Zeitlang die Devise sein.

2. WIR DÜRFEN UNS NICHT ZU GEISELN DES ETHNISCHEN EXTREMISMUS MACHEN

Die Entwicklung auf dem Balkan hat uns vor Augen geführt, wie ethnischer Extremismus und seine Förderung und Duldung die Region in eine Sackgasse führt. Mit Besorgnis erleben wir, wie Regierungen und Politiker der NATO, EU und anderer Staaten dieser Politik in abwechselnden Varianten mit extremen nationalistischen Politikern und Organisationen der verschiedenen Seiten gefolgt sind - mit dem Argument, damit ein anderes und größeres Unheil zu bekämpfen. Hat das nicht mit dazu geführt, ethnischen Extremismus gesellschaftsfähig zu machen und ihm politisches Gewicht zu verleihen - und damit die internationale Gemeinschaft zu instrumentalisieren? Zeigen die letzten Ereignisse im Kosovo und in Mazedonien nicht deutlich diesen Teufelskreis?

Die Logik der Gewaltspirale nährt den Extremismus beider Seiten, die betroffene und verängstigte Bevölkerung wird in „ihre“ ethnischen Lager getrieben. Schließlich verlangt die humanitäre Krise nach internationaler humanitärer Hilfe und nach militärischem Schutz - die ethnische Aufteilung wäre dann erneut gelungen.

3. MILITÄRISCHE INTERVENTIONEN SIND ZUR DURCHSETZUNG HUMANITÄRER BELANGE UNGEEIGNET

Im Kosovo-Krieg haben wir erfahren, wie das erklärte Ziel der NATO, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, nicht erreicht wurde – im Gegenteil. Nach dem Krieg konnte die zweite humanitäre Katastrophe – die Vertreibung von Serben, Roma und Sinti aus dem Kosovo – auch nicht verhindert werden. Wir fragen deshalb, ob die militärische Lösung eine Antwort auf die Konflikte in Mazedonien sein kann.

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre auf dem Balkan bezweifeln wir, dass eine geplante NATO-Intervention in Mazedonien nur von kurzer Dauer sein wird. Im Gegenteil befürchten wir, dass beim Vorherrschen von politisch-militärischem Sicherheitsdenken dann mit europäischen militärischen Mitteln eine ganze Region dauerhaft ruhig gehalten werden muss. Dies wird die Zukunft Europas schwer belasten.

Die gegenwärtige Zuspitzung der Lage zeigt, wie schnell die durch militärische Befriedung geschaffene, vermeintlich stabile, Ordnung wieder zum offenen Konflikt umschlagen kann und in eine Gewaltspirale führt. Kein Modell also, das es auf den weiteren Balkan auszudehnen gälte.

4. POLITISCHE UND ZIVILE ALTERNATIVEN FÖRDERN

Wir brauchen Alternativen zur militärischen Eskalation! Es müssen nationale Friedensprozesse gefördert werden, in denen die Politik zusammen mit der Zivilgesellschaft – unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen wie der Religionsgemeinschaften und/oder Kulturgruppen, Wissenschaft – die ethnische Benachteiligung, die sozialen Probleme und die tiefen wechselseitigen Ängste bearbeitet. Prozesse, die auf friedliche Lösungen, auf Ausgleich und auf demokratisches Zusammenleben orientiert sind.

Wir brauchen ein internationales Engagement, in dem zivile Organisationen und Kirchen nicht nur humanitäres und soziales Leid lindern, sondern Versöhnung, demokratische Partizipation und Zusammenleben fördern.

Wir brauchen eine internationale Politik, die statt militärischer Intervention den zivilen Friedensprozess unterstützt, rechtsstaatliche Institutionen stärkt und dem ethnischen Extremismus jeglicher Couleur eine klare Absage erteilt und ihm

jegliche finanzielle, militärische und politische Unterstützung und Anerkennung entzieht.

Wir brauchen eine weitsichtige europäische Politik, die die ökonomische, soziale und politische Entwicklung voranbringt und die Integration gerade Südosteuropas im Blick hat. Wenn die Integration dieser Region in eine gesamteuropäische Entwicklung nicht erreicht wird, droht eine neue Spaltung des Kontinents, drohen Jahrzehnte von militärischer Besatzung und vor allem das Leid und nicht endende Flüchtlingsströme.

5. BEKÄMPFUNG DER SOZIALEN NOT - VORAUSSETZUNG FÜR KONFLIKTPRÄVENTION IM BALKAN

Soziale Not, Ungerechtigkeit und Verzweiflung in allen Bevölkerungsgruppen bergen eine große Gefahr für die Region und das gesamte Europa. Gerade auf dem Hintergrund seiner dramatischen Geschichte ist und bleibt der Balkan fruchtbarer Nährboden für ethnische Feindbilder, solange man die wirtschaftliche und soziale Entwicklung aller Balkanländer nicht entschieden unterstützt und dabei auf den Ausgleich unter den Bevölkerungsgruppen und die Bekämpfung der Armut achtet. Solange dies nicht geschieht, wird der ethnische Extremismus auf dem Humus der Not gedeihen und wird Hilfe von außen für die Verteilungs- und Machtkämpfe von ethnischen Gruppen umfunktioniert.

Die Kürzungen im Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) für den Stabilitätspakt in Osteuropa sind angesichts der derzeitigen Lage und der Erfahrungen fatal. Die soziale und politische Integration und die Bekämpfung der sozialen Not in allen Bevölkerungsgruppen des Balkans wären ein wirklich wichtiger, wenn nicht der wichtigste Beitrag, für einen dauerhaften Frieden in Europa.

Comelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin Ökumenische Diakonie

Dr. Martin Salm, Caritas International

Zit. nach: *epd-Entwicklungspolitik*, 14/2001, S. 35f.